



INFOMAIL

Berliner Politik aus Sicht Ihres Wahlkreisabgeordneten in Karlsruhe-Land

Freitag, 15. Februar 2019

Band 13, Ausgabe 3

Themen

- **Bildung**
- **Familie**
- **Soziales**

«Das ist ein Valentinstags-Massaker für die Regierung und ein vernichtendes Urteil für den Brexit-Plan der Premierministerin.»

(Der britische Labour-Abgeordnete David Lammy, zur neuen Schlappe für Premierministerin Theresa May am Donnerstag im Londoner Parlament)

In dieser Ausgabe:

| | |
|--|---|
| Bundesregierung startet MINT-Aktionsplan | 2 |
| Starke-Familien-Gesetz | 2 |
| Kindeswohl in den Mittelpunkt | 3 |
| Organspenden fördern | 3 |
| Exporte auf Rekordniveau | 3 |
| Grundrentendiskussion | 4 |

Zukunftspolitik statt Ideologie

Die Parteien in der Großen Koalition schärfen ihre Profile. Das ist in Ordnung und auch ihre Aufgabe. Parteien sollen die langfristige Ausrichtung formulieren. Das hat die Union gemacht mit ihren Beschlüssen zur vollständigen Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Auch das Werkstattgespräch der CDU zur Migrationspolitik unter Beteiligung wichtiger CSU-Politiker diente diesem Zweck.

Die SPD richtet sich mit ihrem Sozialstaatspapier nach links aus. Wir nehmen diese Planspiele zur Kenntnis. In der Sache bleiben wir dabei: Wir kümmern uns darum, dass die Menschen möglichst Arbeit haben und im Fall von Arbeitslosigkeit schnell wieder Arbeit finden. Damit liegen wir richtig: 90 % der Bezieher von Arbeitslosengeld I beziehen dies weniger als ein Jahr. Wir wollen nicht den Sozialstaat umbauen, sondern Rahmenbedingungen für eine gute Wirtschaft setzen.

Es gibt einen Koalitionsvertrag, zu dem wir stehen und den wir erfüllen wollen. Wir wollen mehr Sicherheit, eine bessere Infrastruktur, bessere Bedingun-



gen für Familien und Kinder, klugen Umweltschutz. Damit haben wir alle Hände voll zu tun. In diesem Sinne wollen wir weiter Politik machen.

Neben allen Verteilungsfragen, muss unserer Augenmerk aber insbesondere auch auf unsere zukünftige wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gerichtet sein, denn alles was verteilt werden soll, muss ja vorher irgendjemand erarbeitet haben, bevor man es ihm wegnehmen und jemand anderem geben kann.

Deshalb begrüße ich es sehr, wenn sich die Bundesregierung mit ihrer Strategie für Künstliche Intelligenz an die Spitze der globa-

len Entwicklung setzt, damit Deutschland langfristig zum Top-Standort für die Entwicklung dieser Schlüsseltechnologie wird. Der internationale Wettbewerb um die Vorreiterrolle bei der Entwicklung von KI ist in vollem Gange.

Damit wir in Deutschland aus diesem Wettbewerb als Gewinner hervorgehen, müssen wir das Spannungsverhältnis zwischen dem Schutz von Daten und dem Zugang zu Daten auflösen. Dazu gilt es in erster Linie, Anreize für das freiwillige Teilen von Daten zu setzen und die Interoperabilität von Datenformaten in Europa voranzutreiben. Ein staatlich verordneter Zwang zum Offenlegen von Daten ist abzulehnen.

Deutschland hat eine exzellente KI-Forschungslandschaft aufgebaut. Wir wollen diese zu einem nationalen Netzwerk von mindestens zwölf Forschungszentren und Anwendungshubs ausbauen. Die Bundesregierung will außerdem die Länder bei der naturwissenschaftlichen Bildung unterstützen.

Bundesregierung startet Mint-Aktionsplan

Eine gute Bildung in den MINT-Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik ist in unserer digital geprägten Welt für die junge Generation wichtiger denn je. Wer mit MINT vertraut ist, kann sich sicher und selbstbestimmt im Netz bewegen. Und nur wer die Faszination der MINT-Fächer bereits in Kita und Schule erlebt hat, begeistert sich später auch für eine berufliche oder akademische MINT-Ausbildung.

Zwar ist der Bund für die schulische Bildung nicht zuständig - nach Grundgesetz sind das Länderkompetenzen - aber mit dem diese Woche vorgestellten MINT-Aktionsplan des Bundesministeriums für Bildung und Forschung will die Bundesregierung die Flamme der Be-



geisterung für MINT bei Schülern entfachen. Unter dem Dach des MINT-Aktionsplans bündelt die Bundesregierung neue und bereits laufende Maßnahmen und setzt damit ein starkes Zeichen für den Wert der MINT-Bildung in Deutschland. Denn sie soll ein Gewinn für eine fundierte Bildung unserer Kinder und Jugendlichen sein, von der sie ein Leben lang profitieren. So soll mitgeholfen werden, den absehbar großen Bedarf an MINT-Fachkräften etwa im medizinischen oder im IT-Bereich auch zukünftig zu decken. Im Rahmen des MINT-Aktionsplans wird die Bundesregierung bis 2022 rund 55 Millionen Euro investieren und unter anderem folgende Maßnahmen starten:

Mit der onlinegestützten, bundesweiten MINT-E-Plattform

und Vernetzungsstelle soll Transparenz über die Vielfalt der Initiativen hergestellt und Orientierung geschaffen werden.

Für die Zielgruppe der 10 bis 16-Jährigen werden regelmäßig stattfindende, wiederkehrende und betreute Angebote in der MINT-Bildung deutschlandweit gefördert.

Forschung zur Verbesserung und Bewertung guter MINT-Bildung wird gefördert.

Frauen und Mädchen werden besonders gestärkt und gefördert.

Die Maßnahmen werden eingebettet in ein neues Kommunikationskonzept das darauf ausgerichtet ist, mehr Aufmerksamkeit für MINT-Themen zu schaffen.

Der MINT-Aktionsplan ist abrufbar unter

www.bmbf.de/de/mit-mint-in-die-zukunft-7876.html

Starke-Familien-Gesetz

Wir wollen allen Kindern unabhängig vom Elternhaus die gleichen Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Daher ist es gut, dass wir nun eines der wirksamsten Instrumente verbessern, um Kinderarmut zu bekämpfen: Den Kinderzuschlag.

Den Kinderzuschlag erhalten Familien mit Kindern, die arbeiten und bei denen das Geld kaum reicht, um über die Runden zu kommen. Wir erhöhen die Leistung auf bis zu 185 Euro monatlich und ergreifen Maßnahmen, dass derjenige, der zusätzliches

Einkommen verdient, künftig mehr davon behalten darf. Ein wichtiges Signal, dass sich Leistung lohnt.

Von dieser Maßnahme werden besonders auch Alleinerziehende profitieren. Sie erhalten den Kinderzuschlag künftig auch dann, wenn sie für ihre Kinder Unterhaltszahlungen oder einen Unterhaltsvorschuss bekommen. Momentan verhindern die Unterhaltsleistungen, dass es den Kinderzuschlag für sie überhaupt gibt.

Auch die Leistungen für die



Teilhabe von Kindern und Jugendlichen am sozialen und kulturellen Leben verbessern wir: Für das gemeinschaftliche Mittagessen in der Schule müssen Geringverdiener künftig keinen Eigenanteil mehr zahlen und Nachhilfeunterricht wird nicht erst dann gefördert, wenn die Versetzung unmittelbar gefährdet ist.

Da Teilhabe besonders gut in Vereinen und Verbänden gelingt, werden wir in den parlamentarischen Beratungen den Zuschuss für Vereinsbeiträge von 10 auf 15 Euro monatlich erhöhen

Kindeswohl in den Mittelpunkt

Am Mittwoch fand eine öffentliche Anhörung zum familienrechtlichen Wechselmodell im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestags statt. Wir haben uns im Koalitionsvertrag vorgenommen, den Wunsch vieler Elternteile, auch nach ihrer Trennung intensiv in die Erziehungsverantwortung für ihre Kinder eingebunden zu bleiben, bei Regelungen zu Umgang und Unterhalt stärker zu berücksichtigen



Das Wechselmodell ist eine gute Lösung, wenn Eltern das gemeinsam tragen. Wenn sie sich nicht einig sind, führt eine Anordnung durch das Gericht oft zu Streit, der dann erst recht auf dem Rücken des Kindes ausgetragen wird.

Entscheidender Maßstab muss das Kindeswohl bleiben. Das darf auch mit Blick auf Interessen miteinander streitender El-

ternteile nicht in den Hintergrund geraten. Die Einführung eines gesetzlichen Leitbilds oder gar eines Regelmodells wäre erkennbar der falsche Weg. Die quantitative Komponente, die dem Wechselmodell zugrunde gelegt ist, darf nicht außer Acht gelassen werden, sie darf aber auch nicht in den Mittelpunkt gerückt werden. Dem kann durch das Residenzmodell genauso gut entsprochen werden. Die stets geforderte Absprachefähigkeit der Eltern kann nicht gesetzlich verordnet werden.

Organspenden fördern

Wir haben am Donnerstag im Deutschen Bundestag eine Änderung des Transplantationsgesetzes beschlossen. Um das Leid der Patienten zu mindern und die Transplantationsmedizin in Deutschland auf einem hohen Niveau zu halten, verbessern wir mit dem Gesetz in einem ersten Schritt die Prozesse.



Die Spendenbereitschaft ist nämlich hoch: 80 Prozent der Menschen sind einer Organspende gegenüber positiv ein-

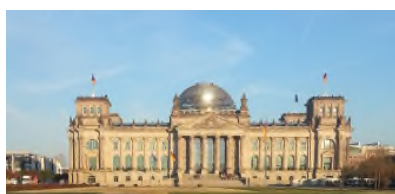
gestellt. Trotzdem haben weniger als die Hälfte einen Spendenausweis und selbst wenn, dann scheitert die Organentnahme oft an dessen Auffindbarkeit oder an Krankenhausstrukturen. Hat man im Blick, dass ein Spenderorgan die letzte Hoffnung für viele ist, dann gehört es zur Christenpflicht, daran etwas zu ändern.

Um die Zahl der freiwilligen Organspenden nachhaltig zu erhöhen, müssen wir die Prozesse und die Strukturen in den

Krankenhäusern verbessern. Vorgesehen sind unter anderem einheitliche Freistellungsregelungen für Transplantationsbeauftragte in Kliniken. Bei den Transplantationsbeauftragten kann es sich um Ärzte, aber zusätzlich auch um besonders qualifizierte Pflegekräfte handeln. Sie sollen künftig noch mehr Zeit als zuvor haben, mögliche Organspender zu identifizieren und die Angehörigen über alle Schritte aufzuklären sowie sie in dieser schwierigen Lebenssituation eng zu begleiten.

Exporte auf Rekordniveau

Deutschland hat im vergangenen Jahr Waren im Wert von 1.317,9 Milliarden Euro exportiert und Waren im Wert von 1.090 Milliarden Euro importiert.



Die deutschen Exporte im Jahr 2018 übertrafen die Vorjahres-

exporte somit um 3,0 %, die Importe stiegen um 5,7 %. Exporte und Importe übertrafen im Jahr 2018 die bisherigen Höchstwerte aus dem Jahr 2017. In die Mitgliedstaaten der Europäischen Union wurden im Jahr 2018 Waren im Wert von 778,7 Milliarden Euro exportiert

und Waren im Wert von 623,0 Milliarden Euro von dort importiert.

In Drittländern, d.h. Länder außerhalb der EU, wurden im Jahr 2018 Waren im Wert von 539,2 Milliarden Euro exportiert und Waren im Wert von 467,0 Milliarden Euro aus diesen Ländern importiert.

AXEL E. FISCHER
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030-227-73790
Fax: 030-227-76677
E-Mail: axel.fischer@bundestag.de

„Verbraucherinnen und Verbraucher legen Wert auf Tierwohl, Regionalität und Nachhaltigkeit - beim Einkauf, aber auch dem Restaurantbesuch. Und sie sind bereit, dafür auch mehr zu zahlen.“

(Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU))

Grundrentendiskussion

Die Grundrente soll nach dem Koalitionsvertrag Menschen helfen, die mindestens 35 Jahre an Beitragszeiten zur Rentenversicherung oder Zeiten der Kindererziehung bzw. Pflegezeiten aufweisen. Voraussetzung für den Bezug der Grundrente ist laut dem Koalitionsvertrag eine Bedürftigkeitsprüfung entsprechend der Grundsicherung.

Die Bundesvorsitzende der CDU hat den zuständigen Bundesminister für Arbeit und Soziales nach ihrem Amtsantritt eindringlich aufgefordert, ein Grundrentenkonzept im Sinne der Koalitionsvereinbarungen vorzulegen, und der zuständige Bundesminister hat inzwischen sein Konzept vorgelegt.



Hier gilt es viele Dinge abzuwägen. Insbesondere geht es um die Frage, wie den tatsächlich bedürftigen Menschen möglichst zielgerichtet geholfen werden kann, denn die Einkommensstrukturen und die Alterseinkünfte der Menschen in Deutschland sind sehr unterschiedlich.

So hat z.B. der letzte Alterssicherungsbericht der Bundesregierung gezeigt, dass es viele Menschen in Deutschland gibt, die hohe Einkommen außerhalb der gesetzlichen Rente beziehen oder

Vermögen haben, aber nebenher auch noch eine kleine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung erhalten. Daher ist es aus Sicht der Union wichtig, hier konkret zu prüfen, wer Anspruch auf diese Grundrente haben soll. (hier abrufbar: <https://tinyurl.com/yyonjot9>, besonders S. 16)

Es ist gut, dass die Debatte nun Fahrt aufgenommen und der zuständige Bundesminister einen Vorschlag vorgelegt hat. Selbstverständlich ist auch das

Interesse der Öffentlichkeit und der Medien zu diesem Thema hoch. Aktuell ist aus Sicht der Union nicht ausreichend geklärt, wie die Vorschläge des Ministers finanziert werden sollen. Hier dürfen auch die Interessen der jüngeren Generation, die im Rahmen des Generationenvertrages die Kosten der Sozialleistungen finanzieren wird, nicht außer Betracht bleiben. In diesem Zusammenhang weisen wir darauf hin, dass Bundesfinanzminister Olaf Scholz fast zeitgleich für die Jahre bis 2023 eine Finanzierungslücke im Bundeshaushalt von knapp 25 Milliarden Euro prognostizierte.

Es wäre aus meiner Sicht wichtig und würde unsere Gesellschaft deutlich weniger spal-

ten, wenn wir solche Debatten nicht polemisch und ideologisch einseitig schief nach dem leider sehr gängigen Klischee - arme Rentnerinnen, reiche junge Arbeitnehmer - in den Medien, sondern ruhig und mit Sachverstand auf Faktenbasis in den zuständigen Gremien führen.

Derzeit erreicht mich eine Vielzahl von Zuschriften zu diesem und ähnlichen Themen, darunter finden sich sowohl Unterstützer als auch entschiedene Gegner der Vorschläge des Herrn Bundesministers. Dabei registriere ich die an mich herangetragenen Argumente sehr genau, und bringe diese auch in die Debatte ein. Denn mir ist es wichtig, dass zielgenau den Menschen geholfen wird, die trotz längerer Erwerbstätigkeit im Alter auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Ich möchte, dass sie bessergestellt werden als jemand, der gar keine Rentenbeiträge geleistet hat.

Im Übrigen haben wir mit der SPD im Koalitionsvertrag vereinbart, eine Rentenkommission einzurichten, mit dem Ziel, Beiträge und Rentenniveau in ein langfristiges Gleichgewicht zu bringen. Die Rentenkommission hat bereits im Sommer 2018 ihre Arbeit aufgenommen und soll bis März 2020 einen umfassenden Bericht vorlegen, auf dessen Grundlage die Politik langfristig die Weichen für eine verlässliche Rentenpolitik stellen kann.